

Niedersächsischer Landtag

16. Wahlperiode

114. Plenarsitzung

15. September 2011

Seite 14742

Für die SPD-Fraktion hat sich der Kollege Brammer zu Wort gemeldet. Bitte schön!



Axel Brammer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich rede, wie gesagt, zur Petition 02359.

Petentin ist die Elterninitiative für eine Integrierte

Gesamtschule in der Samtgemeinde Harpstedt. Sie begehrt mit ihrer Petition vom Mai 2011, dass die Ablehnung der Integrierten Gesamtschule in der Samtgemeinde Harpstedt durch das Kultusministerium zurückgenommen wird.

Zur Sache:

Im Januar 2010 hatte der Landkreis Oldenburg die Errichtung einer vierzügigen IGS in der Samtgemeinde Harpstedt beantragt. Ausschlaggebend für diesen Antrag war die Tatsache, dass die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung seit Beginn des Jahres 2010 außer Kraft gesetzt war. Eine Folgeverordnung, die Verordnung für die Schulorganisation, wurde unter der Ministerin Heister-Neumann zwar auf den Weg gebracht, beide sind dann aber irgendwo auf der Strecke geblieben. Damit war die Zügigkeit von Gesamtschulen zum Zeitpunkt der Antragsstellung nicht verbindlich über Verordnungen geregelt. Der Antrag des Landkreises Oldenburg wurde dann im April 2010 abgelehnt.

Gegen diesen Bescheid klagt der Landkreis Oldenburg vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg.

Außerdem läuft seit dem 8. August ein Normenkontrollverfahren vor dem Obergericht Lüneburg gegen die jetzt endlich gültige Verordnung für Schulorganisation. Der Landkreis Oldenburg ist dieser Klage des Landkreises Northeim beigetreten. Ziel ist, zu klären, inwieweit diese Verordnung, die u. a. die Zügigkeit von Integrierten Gesamtschulen regelt, rechtlich haltbar ist; denn Oberschulen und Gesamtschulen sind zwar nicht inhaltlich, aber von ihrer Struktur her vergleichbar.

Der Landkreis Oldenburg, meine Damen und Herren, hat diese Klagen übrigens auch mit den Stimmen der CDU beschlossen. Die CDU im Landkreis Oldenburg steht - das muss man hier auch einmal erwähnen - für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen. Fragen

Sie einmal den örtlichen Kreisvorsitzenden, Ihren Kollegen Focke! - Ist er überhaupt da? - Nein.

Mit der FDP sieht das allerdings anders aus. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie ist bildungspolitisch noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen.

(Jens Nacke [CDU]: Schwere Attacke!)

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, wir wollen Ihnen doch nur helfen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie verlören dieses Verfahren - welche Blamage! Sie wissen, dass ein Gericht in einem Normenkontrollverfahren auch über das Begehren des Antragsstellers hinausgehen kann. Nichts wäre peinlicher, als wenn das OVG nicht nur die Verordnung, sondern auch gleich das Schulgesetz kassieren würde. Wollen Sie das diesem Minister eigentlich zumuten, der wahrlich schon genügend Probleme hat und dem Sie dieses Gesetz aufgedrückt haben?

(Zuruf von der CDU)

- Nein, er hat das seinerzeit nicht eingebracht. Daran müssen Sie sich erinnern. Vielmehr waren es die

Fraktionen von CDU und FDP, die es direkt in den Ausschuss eingebracht haben.

Das Ministerium hat in seiner Stellungnahme vorgeschlagen, zunächst die gerichtliche Auseinandersetzung abzuwarten. Als Berichterstatter sehe ich das anders, weil ich der Meinung bin, dass die Verabschiedung dieses Gesetzes erst zu diesem Verfahren geführt hat. Der Landtag kann dieses Verfahren beenden, indem er den Wünschen der Petentin folgt und die Landesregierung auffordert, die Verordnung zu ändern.

Wer den Antrag auf Normenkontrollklage genau liest, wird feststellen, dass es sich eigentlich um einen langen Katalog von Fragen zu Ungereimtheiten handelt, der jetzt von der Landesregierung aufgeklärt werden muss. Auf einen Großteil dieser Ungereimtheiten hat übrigens der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst bereits während der Beratungen zu diesem Schulgesetz hingewiesen. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben sich über diese Fragen hinweggesetzt und trotz der Mahnungen des GBD eine juristische Auseinandersetzung billigend in Kauf genommen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist aber ein sehr harter Vorwurf!)

Ja, Sie haben das provoziert - das ist ein harter Vorwurf -, ganz nach dem Motto „Augen zu und durch“. Der Kollege Försterling hat hier im Plenum sogar die Auffassung vertreten, wenn eine Klage erfolgreich sein und damit die Landesregierung unterliegen sollte, könnte man ja immer noch die Errichtung integrierter Gesamtschulen verbieten.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, im Landkreis Oldenburg sind Eltern und Politik richtig verärgert über das, was Sie mit Schulpolitik vor Ort treiben. Auf der einen Seite lassen Sie eine Gesamtschule unter fadenscheinigen Begründungen nicht zu, obwohl der Minister seinerzeit Ausnahmeregelungen versprochen hat. Auf der anderen Seite genehmigt der Minister in der Gemeinde Hude eine Oberschule, obwohl die Landesschulbehörde vorher massive Bedenken bezüglich der Zulässigkeit angemeldet hat. Das wurde dann irgendwie hingerechnet. Mehr Willkür gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN)

Ich stelle fest: Der Landkreis Oldenburg ist ein Paradebeispiel dafür, wie Sie in der Bildungspolitik die ländlichen Räume systematisch abhängen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Geben Sie uns mehr Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort, und wir organisieren Ihnen dort eine vorbildliche Bildungslandschaft. Vor Ort ist übrigens auch die CDU mit im Boot. Da sind wir, der Kollege Focke und ich, uns einig. Ich bin gespannt, wie er sich bei der Abstimmung verhält.

Als Berichterstatter bleibe ich bei meiner Empfehlung, diese Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Brammer!

Anschließende Redebeiträge Seite 14743 bis 14748

Ina Korter (Grüne)

Keszentia Flauger (Die Linke)

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Ursula Helmhold (Grüne)

Björn Försterling (FDP)

Ralf Briese (Grüne)

Klaus-Peter Bachmann (SPD)

Rudolf Götz (CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, hat sich zu einer persönlichen Bemerkung nach § 76 unserer Geschäftsordnung Herr Kollege Brammer von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Herr Brammer hat das Wort.

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. -

Meine Damen und Herren,

Herr Försterling hat uns eben vorgeworfen, wir würden Beamten Willkür unterstellen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das habt ihr aber getan!)

Ich habe das Wort „Willkür“ gebraucht, aber in einem anderen Zusammenhang, Herr Klare.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ach so!)

Es ging darum, dass das Ergebnis in Harpstedt sehr knapp ausgefallen ist.

Der Landkreis Oldenburg hatte einen Antrag auf Einrichtung einer vierzügigen IGS gestellt.

Der Minister hatte zuvor Ausnahmen in Aussicht gestellt.

Ich habe das mit der Oberschule in Hude verglichen, wo die Landesschulbehörde im Vorfeld, weil es dort zu viele Gymnasialanmeldungen und zu wenige Hauptschul- und Realschulanmeldungen gab, Bedenken hatte, eine Oberschule mit gymnasialem Zweig einzurichten.

Dann ist es über die politische Ebene geregelt worden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: So macht ihr das?)

In dem Moment habe ich von Willkür gesprochen. Ich werde nicht auf die Idee kommen, irgendeinem Beamten Willkür zu unterstellen.

Die Willkür ist hier bei der Politik gelaufen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)